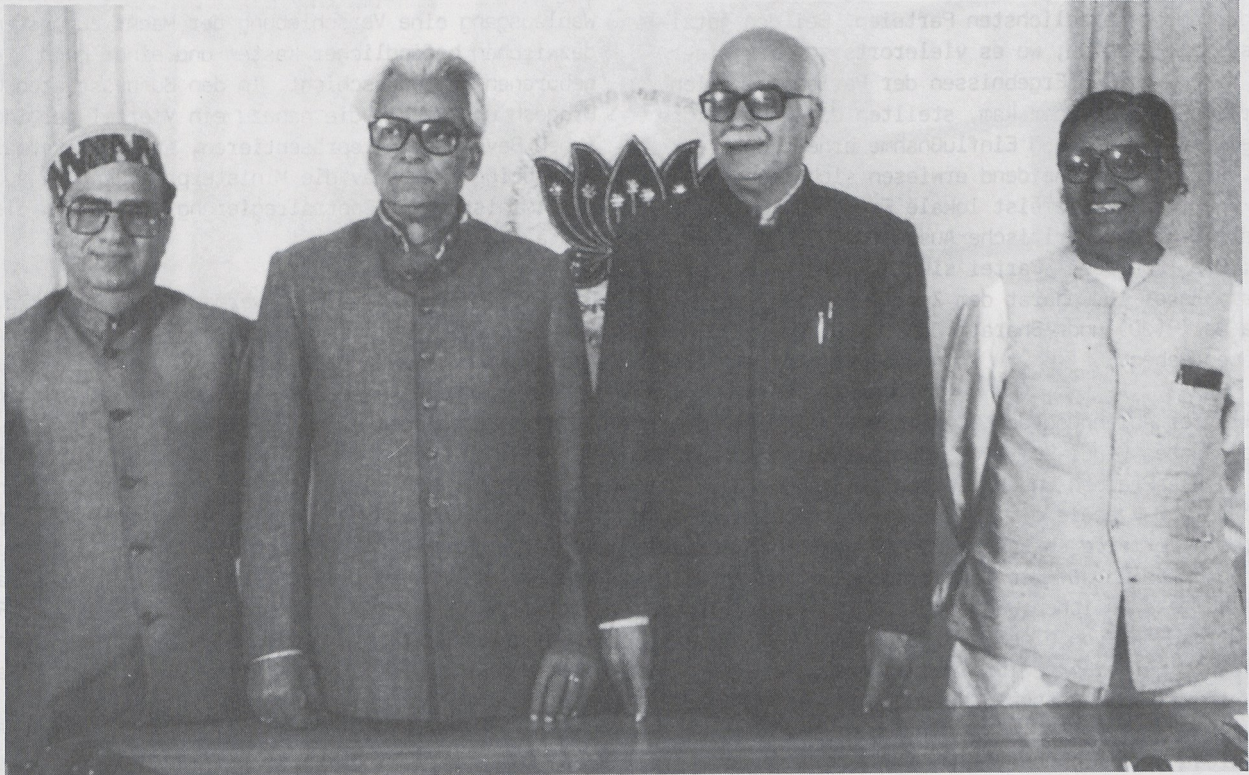


Wieder Schlappe für 'Congress'

Ende Februar wurde in Indien erneut gewählt: Diesmal in acht - meist bedeutenden - Bundesstaaten. Und wieder gab es für Rajiv Gandhis 'Congress' eine Wahlschlappe. Jetzt hat seine Partei nur noch in insgesamt neun der 25 Bundesstaaten das Sagen. Prabhu Chawla vom indischen Nachrichtenmagazin 'India Today' kommentiert das Ergebnis. Übersetzt wurde sein Beitrag von Christoph Thees.



Die großen Wahlgewinner: Baratiya Janatha Party, zweiter von rechts ihr Vorsitzender, Advani
(Foto: India Today)

Der Sieger der Wahl heißt politische Vielfalt, und das gleich in mehrfacher Hinsicht: Das Ergebnis der Wahlen in insgesamt acht Bundesstaaten (Bihar, Gujarat, Himachel Pradesh, Madhya Pradesh, Maharashtra, Orissa, Rajasthan und in Pondicherry) markiert den endgültigen Schlußpunkt der Vorherrschaft **einer** Partei über drei Viertel des Landes. An ihre Stelle tritt nun das Konzept der Regierungsbeteiligung einer Vielzahl von Parteien. Darüberhinaus hat Volkes Wille dem Personenkult um Rajiv Gandhi innerhalb der 'Congress-I'-Partei und ganz allgemein eine klare Abfuhr erteilt. So schrumpfte der Herrschaftsbereich der 'Congress-I'-Partei von ehemals 17 der insgesamt 25 indischen Bundesstaaten zuzüglich des klar dominierten Zentrums Mitte der 80er Jahre auf nunmehr ganze neun Staaten nach den jüngsten 'Assembly'-Wahlen Ende Februar zusammen. Und dabei sind - abgesehen von den gewichtigen Bundesstaaten wie Andhra Pradesh, Maharashtra und Karnataka - die restlichen vom 'Congress' regierten Gebiete von relativ untergeordneter Rolle. So ist denn auch der tatsächliche Machtverlust des 'Congress' in seinem vollständigen Umfang derzeit noch gar nicht absehbar.

Nach den jüngsten Wahlen ergeben die Machtverhältnisse in den Bundesstaaten nunmehr ein sehr heterogenes Bild: Insgesamt gibt es sieben Parteien der unterschiedlichsten politischen Couleur, die jeweils regieren. Interessant ist, daß in Zukunft eine Handvoll erst unlängst zu entscheidender Größe aufgestiegener politischer Gruppierungen 1196 der insgesamt 1613 Parlamentssitze in den 'assemblies' der Bundesstaaten einnehmen, in denen unlängst gewählt wurde. Dem steht der mit 417 Sitzen geringste Anteil des 'Congress' seit Bestehen dieser Partei gegenüber.

Die Wahlergebnisse im Einzelnen: 'Bharata Janata Party': 497; 'Janata Dal': 448; 'Communist Party of India': 36; 'Communist Party (M)': 12. Nicht zu vergessen die regionalen Gruppierungen wie die dravidische 'DMK', die hinuistisch-chauvinistische 'Shiv Sena' und die 'Jharkhand Mukti Morcha', die insgesamt den anderen Parteien mehr als 100 Sitze abringen konnten.

Jeglicher Versuch einer Regierungsbildung ohne die Grundlage der Zusammenarbeit mehrerer Parteien dürfte

fortan zum Scheitern verurteilt sein. Eine Entwicklung hin zu einer gewissermaßen föderativen Ordnung auf der Basis angemessener Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten, oder, anders ausgedrückt, ein Schritt zur Verwirklichung einer gesunden Demokratie.

Das geschärfte Bewußtsein der Wählerschaft in den letzten Monaten hat bisher ungeahnte Möglichkeiten aufgezeigt. Die Zentralregierung ist auf die Unterstützung von links wie rechts angewiesen, und auch in einigen Bundesstaaten gibt es jetzt Regierungsbündnisse der unterschiedlichsten Parteien. Bei den jetzigen 'assembly'-Wahlen, wo es vielerorts zu Verschiebungen gegenüber den Ergebnissen der Parlamentswahlen vom vergangenen November kam, stellten die Wähler ihre Fähigkeit zur kritischen Einflußnahme erneut unter Beweis. Als wahlentscheidend erwiesen sich dabei im Norden wie im Süden zumeist lokale Fragen, nicht aber nationale Probleme. Kritische Ausgewogenheit auch im Westen: Die 'Congress'-Partei siegte in Maharashtra, mußte sich aber in Gujarat dem Zusammenschluß aus 'Janata Dal' (JD) und 'Bharata Janata Party' (BJP) geschlagen geben.

Die Welle der Ablehnung des 'Congress' erfaßte auch den sogenannten Hindi-Belt, die Bundesstaaten Orissa, Bihar, Madhya Pradesh und Rajasthan, in denen hauptsächlich die BJP sowie die JD fortan die Richtung bestimmen. Erstmals entspricht dabei der Einfluß der einzelnen Parteien auf die Gesetzgebung weitestgehend auch ihrem tatsächlichen Wähleranteil. Einzig in Bihar, das zukünftig nur von einem breiten Bündnis der verschiedensten Parteien regiert werden kann, schimmerte noch so etwas wie Unentschlossenheit der Wähler durch.

Im 'Congress' wie auch bei allen anderen Parteien führte die gestiegene Attraktivität lokaler Alternativen zur Wiedereinführung des regionalen Statthaltertums, erstmals zu beobachten nach der Niederlage der 'Congress'-Partei in den Bundesstaaten Haryana und Karnataka 1983. Rajiv Gandhi war es, der diesem Trend zwei Jahre später ein Ende bereitete. Als seien die Bundesstaaten sein Privateigentum, wechselte der Premier in nur fünf Jahren zwanzig Ministerpräsidenten aus. Unvermeidliche Folge war die Unfähigkeit der Führungen zur Parteinahme für die lokale Bevölkerung und damit der Zusammenbruch regionaler Autoritäten. So sorgte dann die verheerende Niederlage des 'Congress', die vor allem im Norden zustande kam, bei den Novemberwahlen für eine unrühmliche Premiere: Erstmals seit Bestehen dieser großen Partei konnte ein Premier keine zweite Amtszeit sicherstellen. Als Gandhi seinen Irrtum erkannte und regionalen Führungspersönlichkeiten wie Jagannath Mishra und Madhavsinh Solanki ihre Ämter zurückgab, da war deren Ansehen als unabhängige Persönlichkeiten längst ins Gegenteil umgeschlagen. Die attraktiven lokalpolitischen Positionen waren überdies zwischenzeitlich von ihren Gegenspielern erfolgreich besetzt worden. Auch im Süden, wo der 'Congress' keine Regierungsverantwortung besaß, ergab sich ein ähnli-

ches Bild: Hier entschieden die Wähler für einen Wechsel zugunsten örtlicher Prominenz wie Chenna Reddy oder Virendra Patil.

Ein weiteres wichtiges Merkmal dieser Wahlen ist die überall im Lande einsetzende Neuordnung des Faktors der Kastenzugehörigkeit. Waren seit 1952 Zentrum wie Bundesstaaten fest in der Hand wechselnder Kombinationen von Brahmanen, städtischer Oberschicht, ländlicher Grundbesitzer und auch reicher Harijanas bzw. vergleichbarer Minderheiten, so bedeutet der aktuelle Wahlausgang eine Verschiebung der Macht zugunsten dazwischen befindlicher Kasten und einer nach 1947 geborenen Führungsschicht. In den Bundesstaaten Uttar Pradesh und Bihar, die nahezu ein Viertel der indischen Bevölkerung repräsentieren, stellen erstmals Angehörige der Yadav die Ministerpräsidenten. Auch drei Minister der Zentralregierung entstammen dieser Kaste.

Die verschiedenen Parteien werden sich zukünftig, und das ist vielleicht das wichtigste Ergebnis dieser Wahl, den Anteil an der Macht teilen müssen. Weder über die Interessen der einzelnen Bundesstaaten noch über die Angelegenheiten Dehli kann das Zentrum sich künftig hinwegsetzen. Die Regierung der 'Nationalen Front' unter V.P. Singh ist vor jeder politischen Richtungsentscheidung zur Abstimmung sowohl mit der BJP als auch mit den Vertretern der Kommunisten gezwungen, während beispielsweise in den Bundesstaaten Punjab oder in Jammu und Kashmir eine effektive Regierungstätigkeit nur unter Einbeziehung des 'Congress' gewährleistet ist. Weder V.P. Singh noch sein Vize Devi Lal werden zukünftig in der Lage sein, Führungspersönlichkeiten wie die Ministerpräsidenten Biju Patnaik, Mulayam Singh Yadav oder Shjimanbhai Patel umfassend zu kontrollieren.

Rajiv Gandhi hat deutlich an Einfluß auf die Vertreter seiner eigenen Partei in den Bundesstaaten verloren. Schon während seiner Regierungszeit haben die Ministerpräsidenten Sharad Pawar, Chenna Reddy und Virendra Patil unbemerkt von der Parteiführung ein wenn auch geringes Maß an Eigenständigkeit hinzugewonnen.

Dennoch birgt das Wahlergebnis auch gewisse Gefahrenmomente in sich. Gandhi, dominanter Führer einer vormals starken Dachpartei, mußte zwar die direkte Herrschaft über das Volk abgeben, behält jedoch nach wie vor entscheidenden Einfluß über eine Partei, die V.P. Singh im Ernstfall existenziell gefährden könnte. Singh hat wiederholt die Idee starker Bundesstaaten neben einem starken Zentrum propagiert. Die Frage, ob er in der Lage sein wird, die unterschiedlichen politischen Strömungen unter Beibehaltung seiner Grundprinzipien in eine gemeinsame Richtung zu lenken, könnte für ihn zur Existenzfrage werden.

Christoph Thees